

# Schweiz

## Nachrichten

### Rüstung Saudiarabien kauft Trainingsflugzeuge von Pilatus

Saudiarabien hat beim britischen Rüstungskonzern BAE Systems 22 Übungsflugzeuge des Typs Hawk bestellt. Damit verbunden ist eine Lieferung von 55 Pilatus-PC-21-Flugzeugen für Trainingszwecke. Dies geht aus einer Mitteilung von BAE Systems hervor. Demnach haben Saudiarabien und der Rüstungskonzern einen Vertrag über umgerechnet 2,4 Milliarden Franken unterzeichnet. Wie viel von dem Geld für die Pilatus-Maschinen fliesst, ist nicht bekannt. Die Flugzeuge sollen ab 2014 geliefert werden. Die Pilatus Flugzeugwerke AG wollten gestern auf Anfrage nicht zu den Verhandlungen Stellung nehmen. (SDA)

### Asylwesen 114 zusätzliche Stellen im Bundesamt für Migration

Der Zustrom von Asylbewerbern aus Nordafrika und dem Nahen Osten beschert den Bundesbehörden mehr Arbeit. Der Bundesrat will deshalb im Bundesamt für Migration nächstes Jahr 114 zusätzliche Stellen schaffen. Dazu gehören auch jene 68,5 Stellen, die der Bundesrat im Frühling für dieses Jahr befristet geschaffen hat, sowie weitere 25,5 bereits bewilligte Stellen. Für 2013 rechnet der Bundesrat mit rund 23 000 neuen Asylgesuchen. Allein im ersten Quartal dieses Jahres waren 7150 neue Gesuche eingegangen. (SDA)

### Gewerbeverband SVP-Nationalrat Rime ist neuer Präsident

Der Freiburger SVP-Nationalrat Jean-François Rime ist neuer Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands. Der Gewebekongress hat ihn gestern mit 477 Stimmen bei 9 Enthaltungen gewählt. Der 61-Jährige ist der erste Romand an der Verbandsspitze. Er folgt auf SVP-Nationalrat Bruno Zuppiger. Dieser trat im Dezember 2011 zurück, nachdem er wegen mutmasslicher Unregelmässigkeiten in einer Erbschaftssache in die Schlagzeilen geraten war. (SDA)

### Liechtenstein Parlament gegen mehr Demokratie

Das Liechtensteiner Parlament will keinen Ausbau der Demokratie zulasten der Kompetenzen des Fürstenhauses. Der Landtag lehnte gestern eine Verfassungsinitiative, die das Vetorecht des Monarchen bei Urnenentscheiden einschränken will, mit 18 zu 7 Stimmen ab. Über die Verfassungsinitiative «Ja - damit deine Stimme zählt» wird voraussichtlich am 1. Juli abgestimmt. (SDA)

### Gentechnologie Greenpeace findet Gentech-Raps im Raum Basel

Greenpeace hat laut eigenen Angaben bei Basel genmanipulierten Raps gefunden, der in der Schweiz weder zum Anbau noch zum Import zugelassen sei. Die Pflanzen wuchsen in der Nähe von Bahn- und Schifffrastruktur. Greenpeace vermutet, dass die Samen beim Entladen von Schiffen oder aus Bahnhöfen gefallen sind und dann gekeimt haben. (SDA)

## Korrekt

**SBB für oberirdische Gleisführung.** Die SBB betonen, dass sie zum Umbau des Bahnhofs Genf offiziell nur die oberirdische Variante vorschlagen. Die Tunnelvariante bezeichnen sie lediglich als «technisch machbar». Im Gegensatz zum Bericht im TA von gestern sieht Letztere einen Tunnel vor und nicht zwei. (TA)

Anzeige



**Dr. med. Hans Natter-Christen**  
Facharzt für Allgemeine  
Medizin FMH

«Ich möchte nicht, dass in meiner Praxis nur noch Patientinnen und Patienten sitzen, die sich die freie Arztwahl leisten können.»

**Freie Arztwahl verlieren?**

**17. JUNI 2012**  
www.neln-zur-managed-care-vorlage.ch  
Komitee «Neln zur Managed-Care-Vorlage», Postfach 55, 3000 Bern 15



# Der Ausbau des Stromnetzes kostet bis zu 19 Milliarden Franken

Der Bundesrat will Investitionen in die Stromnetze attraktiver machen - zulasten der Konsumenten.

Von Christian Brönnimann, Bern

Bislang drehte sich die Debatte zur Energiewende primär um die neuen Stromquellen, die den Atomstrom ersetzen sollen - um die Rahmenbedingungen für Gaskraftwerke oder Solarenergie zum Beispiel. Nun rückt ein zweiter, nicht minder wichtiger Komplex in den Fokus: der Aus- und Umbau des Stromnetzes.

In den nächsten Jahrzehnten stehen Investitionen in Milliardenhöhe an. Wie das Geld investiert wird, hängt direkt von der Ausrichtung der neuen Energiestrategie ab. Weil das Parlament erst 2013 darüber befinden wird, steht auch die Stromnetzstrategie noch auf unsicheren Füssen. Nichtsdestotrotz hat der Bundesrat gestern eine erste Stossrichtung festgelegt.

Demnach rechnet die Regierung mit Kosten für den Aus- und Umbau des Stromnetzes von bis zu 19 Milliarden Franken bis 2050. Da viele Stromnetze ohnehin erneuert werden müssten - zwei Drittel des Übertragungsnetzes ist über 40 Jahre alt -, stehe allerdings nur ein kleiner Teil davon in direktem Zusammenhang mit dem Atomausstieg, hält Marianne Zünd vom Bundesamt für Energie (BFE) fest.

Die 19 Milliarden verteilen sich gemäss bundesrätlicher Aufstellung wie folgt: Die Kosten für die Erweiterung des Übertragungsnetzes werden auf rund 2,5 Milliarden Franken geschätzt, hinzu kommen 4 Milliarden für dessen Erneuerung. Beim Verteilnetz ist die Höhe der Kosten noch ungewiss. Das BFE veranschlagt sie auf 3,9 bis 12,6 Milliarden. Für genauere Schätzungen seien zu viele Faktoren wie technologische Standards oder Zubaumengen von erneuerbaren Energien noch zu unklar, sagt Zünd.

### Schwächeres Beschwerderecht

Der Bund baut die Netze nicht selber. Der Bundesrat ist überzeugt, dass es attraktivere Rahmenbedingungen braucht, damit Private in den Ausbau investieren.

### Tessin Widerstand gegen Leitung

Das Tessin wehrt sich gegen eine geplante Hochspannungsleitung zwischen Airolo und Lavorgo: Die Kantonsregierung hat das Bundesamt für Energie aufgefordert, die Pläne zu überarbeiten. Gemeinden und Umweltverbände befürchteten Schäden in unberührter Natur und Auswirkungen auf den Tourismus. Die Regierung fordert, dass eine unterirdische Verlegung der Leitung geprüft wird. Die 380-kV-Leitung des Stromkonzerns Alpiq ist Teil der Ost-West-Verbindung zwischen dem Genfersee und dem Tessin. (SDA)

Deshalb will er den verrechenbaren Zinssatz von Investitionen in Stromnetze anheben, was sich in höheren Strompreisen niederschlägt. Das BFE rechnet bis 2050 mit einem Anstieg des Strompreises allein aufgrund des Netzausbaus um drei bis neun Rappen pro Kilowattstunde. Dies stösst dem Schweizerischen Gewerbeverband sauer auf. Dass den «Strombaronen» ein «bedingungsloser Grundgewinn» gesichert werden solle, sei «schlicht skandalös», schreibt er in einem Communiqué.

Im Weiteren will der Bundesrat die Bewilligungsverfahren für Stromleitungen beschleunigen und Beschwerdemöglichkeiten einschränken. Der Gang ans Bundesgericht soll nur noch bei «neuen, bisher nicht entschiedenen» rechtlichen Fragen möglich sein. Die erforderlichen Gesetzesänderungen für diese Massnahme will der Bundesrat bereits in die Vernehmlassungsvorlage für die neue Energiestrategie packen, die auf Ende Sommer angekündigt ist. Auch das detaillierte Konzept zur Stromnetzstrategie stellt die Regierung bis dahin in Aussicht.

### Glaubenskrieg um Prioritäten

Darüber, wo die Prioritäten des Netzausbaus liegen, scheiden sich die Geister. Die Elektrizitätswirtschaft setzt in erster Linie auf Hochspannungsleitungen. Deren Ausbau sei Grundvoraussetzung für die Versorgungssicherheit, sagt Stefan Muster vom Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE). Konkret gehe es etwa um die Anbindung der Pumpspeicherwerke, um die Aufrechterhaltung des internationalen Handels und um den Stromimport im «kritischen Winterhalbjahr». Die Ausbaupläne hat die Strombranche im «Strategischen Netz 2020» festgehalten (siehe Grafik).

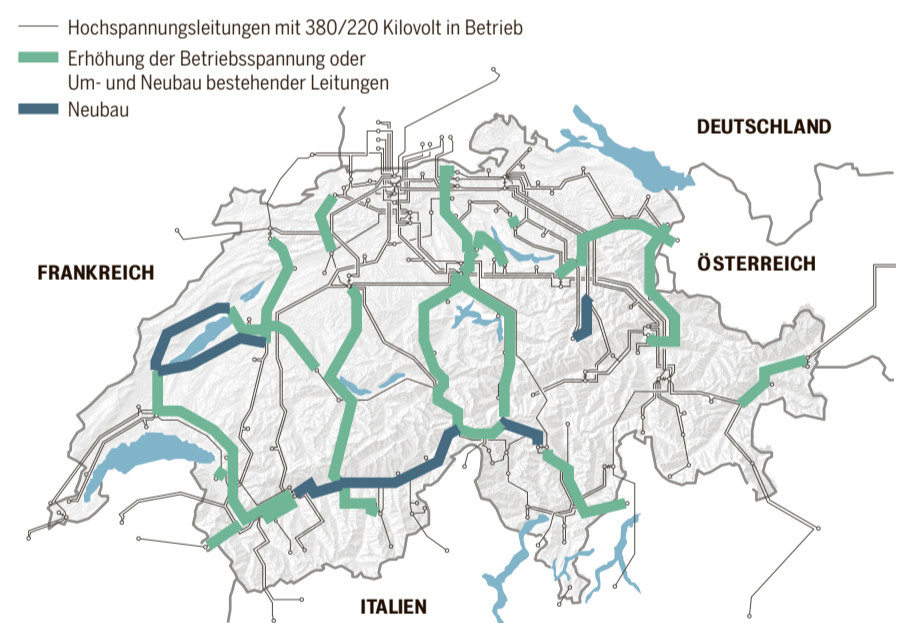
Die Promotoren einer dezentralen Energieproduktion auf der anderen Seite wollen den Ausbau der Verteilnetze vorantreiben. Für die Energiewende in der Schweiz brauche es vorerst keine neuen Hochspannungsleitungen, sagt Jürg Buri von der Schweizerischen Energie-Stiftung. Diese dienten in erster Linie den Handelsinteressen der Stromkonzerne. Die künftige Landesversorgung mit erneuerbaren Energien sei mit dem heutigen Übertragungsnetz realisierbar, so Buri.

Dem hält Muster entgegen, dass der Stromhandel in einem liberalisierten Umfeld ein wichtiger Pfeiler der Versorgungssicherheit darstelle. Die Schweiz sei mit ihren Speicherseen prädestiniert dafür, einen Teil der benötigten Spitzen- und Regelernergie bereitzustellen.



Wird das Netz wie geplant ausgebaut, dürfte der Strompreis ansteigen. Foto: Keystone

### Hier soll das Übertragungsnetz ausgebaut werden



# 82 Prozent der Schweizer wollen nicht über EU-Beitritt verhandeln

Die Skepsis der Bevölkerung gegenüber der EU steigt. Die meisten halten es für «einen Segen», dass die Schweiz kein Mitglied der Union ist.

Von Simone Rau

Für die grosse Mehrheit der Schweizer sind Verhandlungen über einen Beitritt zur Europäischen Union derzeit kein Thema. Das zeigt eine Umfrage des Lausanner Forschungsinstituts M.I.S. Trend im Auftrag der welschen Zeitung «L'Hebdo». Demnach sind 82 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer gegen Beitrittsgespräche. Vielmehr begrüssen sie den Status quo mit den bilateralen Abkommen. Vor einem Jahr noch waren es in einer Umfrage desselben Forschungsinstituts erst 72 Prozent, die Verhandlungen mit der EU ablehnten.

Die Ergebnisse der neuen Umfrage zum Thema Europa werden heute an der Tagung «Forum des 100» in Lausanne diskutiert und erscheinen im «Tages-Anzeiger», in «Der Bund», «L'Hebdo» und «Il Caffè». Am Treffen nehmen rund 850 Persönlichkeiten teil, unter ihnen SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga.

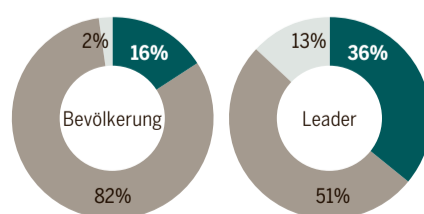
Für die Umfrage befragte M.I.S. Trend zwischen dem 17. und 30. April 2012 507 Deutschschweizer, 500 Romands

und 200 Tessiner telefonisch. Zudem wurden 300 Führungskräfte aus der ganzen Schweiz interviewt. Sie sind schweizerischer oder ausländischer Herkunft und arbeiten unter anderem in Wirtschaft, Verwaltung, Kultur und Politik.

Im Vergleich zur Mehrheit der Schweizer stehen die Führungskräfte der EU positiver gegenüber. Doch auch von ihnen will mehr als die Hälfte (51 Prozent) am Status quo festhalten. Allerdings bestehen deutliche Unterschiede bei der

### EU-Beitrittsverhandlungen sind chancenlos

Ist es Zeit für Beitrittsverhandlungen mit der EU, oder bevorzugen Sie den Status quo?



■ EU-Beitrittsverhandlungen  
■ Status quo  
■ Keine Antwort

Befragt wurden 1207 Personen aus der Gesamtbevölkerung sowie 300 Führungskräfte.  
TA-Grafik mt/Quelle: Forum des 100

Bewertung eines allfälligen Beitritts zur EU. So sind 54 Prozent der Führungskräfte der Ansicht, ein Beitritt würde für die Schweiz eine Chance darstellen, an der Gestaltung Europas mitzuwirken. In der Bevölkerung hingegen sind nur 24 Prozent dieser Ansicht.

Auch die Auswirkungen eines allfälligen EU-Beitritts auf das Inland werden unterschiedlich beurteilt: 51 Prozent der Bevölkerung gegenüber 28 Prozent der Leader rechnen damit, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Schweiz dadurch geschwächt würde. Und während 53 Prozent der Bevölkerung davon ausgehen, dass ein EU-Beitritt den nationalen Zusammenhalt schwächen würde, sind nur 40 Prozent der Führungskräfte dieser Ansicht.

Befragt nach der Zukunft der Europäischen Union, bezweifeln 41 Prozent der Bevölkerung, dass diese eines Tages nach einem föderalen System «à la Schweiz» organisiert sein wird. Weitere 28 Prozent glauben sogar «sicher nicht» daran. Anders beurteilen die Leader die Zukunft der Union: Für 44 Prozent ist eine Organisation nach föderalem System zu einem späteren Zeitpunkt «wahrscheinlich». Die aktuelle Position der Schweiz ausserhalb der EU beurteilt eine grosse Mehrheit von 64 Prozent als einen «Segen». Dem schliessen sich 51 Prozent der Leader an.

### Bankgeheimnis Zweifel an Datenaustausch

Sollte die Schweiz im Steuerstreit den automatischen Datenaustausch mit ihren europäischen Partnern zulassen? Nein, findet knapp die Hälfte der befragten Schweizerinnen und Schweizer (49 Prozent sind dagegen, 42 Prozent dafür, der Rest unentschieden). Am deutlichsten stellen sich die 18- bis 29-Jährigen gegen den automatischen Datenaustausch (58 Prozent). Am wenigsten Gegner hat das Ansinnen noch bei den über 60-Jährigen mit 46 Prozent. Auch die befragten Führungskräfte sind mit 51 Prozent der Ansicht, dass die Schweiz den automatischen Datenaustausch nicht zulassen sollte.

Einigheit zwischen der Bevölkerung und den Führungskräften herrscht auch in Sachen Engagement der Schweiz zur Verteidigung des Bankgeheimnisses: Für 46 Prozent beziehungsweise 47 Prozent unternimmt die offizielle Schweiz «genug» zur Verteidigung des Bankgeheimnisses. 36 Prozent der Bevölkerung beziehungsweise 30 Prozent der Leader sind hingegen der Ansicht, dass die Schweiz «nicht genug» unternimmt. (sir)

**Forum  
des 100**

www.forumdes100.com